

Klimaschutz | 13.08.2015 | Lesezeit 2 Min.

Jeder Haushalt ist mit gut 20 Euro dabei

Die Klimaabgabe von Bundeswirtschaftsminister Gabriel ist vom Tisch, stattdessen gibt es den Kohlekompromiss. Zahlen müssen Steuerzahler und Stromverbraucher aber allemal.

Bis 2020 sollen in Deutschland 40 Prozent weniger Treibhausgase ausgestoßen werden als im Jahr 1990. Da dieses Ziel knapp verfehlt werden könnte, fordert die Bundesregierung in ihrem „Aktionsprogramm Klimaschutz“, die Energiewirtschaft solle etwa ein Drittel der fehlenden Einsparungen leisten. Um das Wie wurde in den vergangenen Wochen heftig gestritten.

Um Klimaschutz ging es dabei allerdings nur am Rande. Denn in Europa unterliegen Stromerzeuger dem europäischen Emissionshandel. Der sorgt dafür, dass diese für ihre CO₂-Emissionen Zertifikate kaufen müssen. Weil es davon jedoch jedes Jahr weniger gibt, werden sie immer teurer - und dieser Preishebel soll dazu führen, dass bis 2020 genau 21 Prozent weniger Emissionen ausgestoßen werden als im Jahr 2005.

Jene 22 Millionen Tonnen, die laut Klimaschutzplan in Deutschland zusätzlich eingespart werden sollen, werden jedoch über frei werdende Zertifikate irgendwo in Europa wieder ausgepustet.

Was sich die Parteichefs der Koalition jetzt ausgedacht haben, bittet die Stromverbraucher gleich mehrfach zur Kasse (Grafik):

Kohlekompromiss: Verbraucher zahlen die Zeche

So viel Euro kostet das CO₂-Sparprogramm der Bundesregierung einen durchschnittlichen Haushalt ab 2017 im Jahr



Stilllegung von Kraftwerken. Über vier Jahre hinweg sollen insgesamt 2,7 Gigawatt Leistung von Braunkohlekraftwerken stillgelegt werden. Dafür erhalten die Kraftwerksbetreiber voraussichtlich 1 bis 2 Milliarden Euro einmalig und jährlich 230 Millionen als Entschädigung. Für einen durchschnittlichen 3-Personen-Haushalt bedeutet dies 4,90 Euro Mehrkosten im Jahr.

Höhere Strompreise. Weil Braunkohlekraftwerke Strom vergleichsweise günstig produzieren, dieser nach der Stilllegung von Kapazitäten aber durch teureren Strom aus anderen Kraftwerken ersetzt werden muss, werden die Strompreise steigen; die Bundesregierung rechnet mit 0,15 Cent je Kilowattstunde.

Da im Gegenzug die EEG-Umlage sinkt, bleiben netto etwa 0,09 Cent Mehrkosten – oder aufs Jahr gerechnet 3,15 Euro für einen 3-Personen-Haushalt.

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Die Koalition will vermehrt jene Kraftwerke fördern, die gleichzeitig Strom und Wärme produzieren – und zwar aus Erdgas statt aus Kohle. Auch das wird vom Stromverbraucher finanziert. Die sogenannte KWK-Umlage dürfte im Vergleich zu den aktuellen Förderzusagen um rund 0,4 Cent steigen – macht 13,30 Euro pro Jahr und Haushalt.

Insgesamt kostet der Kohlekompromiss einen durchschnittlichen 3-Personen-Haushalt gut 21 Euro pro Jahr – mit der ursprünglich geplanten Klimaabgabe wären die Verbraucher allerdings auch nicht besser gefahren.

Klimapolitisch sinnvoll sind vor allem jene Maßnahmen des Kohlekompromisses, die aus dem Staatshaushalt finanziert werden sollen. Fast 1,2 Milliarden Euro fließen zum Beispiel jedes Jahr in den Austausch von alten Heizungspumpen und in die Optimierung von Heizungsanlagen – dadurch sollen 2,5 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden.

Da Energie, die zu privaten Heizzwecken verwendet wird, nicht dem europäischen Emissionshandel unterliegt, könnten diese Einsparungen einen messbaren Effekt auf den Klimaschutz haben.

Kernaussagen in Kürze:

- Der Kohlekompromiss der Bundesregierung kostet jeden Haushalt rund 20 Euro pro Jahr
- Mit dem Geld wird unter anderem die Stilllegung von Kraftwerken subventioniert
- Am meisten kostet aber die Förderung der Kraft-Wärme-Koppelung